

Zirkusstreit: Stadtratsmehrheit missachtet erneut Verwaltungsgerichtsurteil, Grundgesetz und Aufforderung der Landesdirektion

In seiner vergangenen Sitzung sollte der Chemnitzer Stadtrat endgültig seinen Beschluss aus dem Jahr 2007, der Zirkusunternehmen mit exotischen Tieren (wie Elefanten, Giraffen oder Nashörner) keinen Pachtvertrag mehr für unsere Stadt genehmigen sollte, aufheben. Dieser Beschluss kam auf Betreiben der Chemnitzer Bündnisgrünen im Stadtrat zustande. Der Beschluss verstößt gegen die im Grundgesetz festgeschriebene Berufsfreiheit. Bereits im Jahr 2008 hatte das Chemnitzer Verwaltungsgericht im konkreten Fall des Circus Voyage ein eindeutiges Urteil gefällt. Die Landesdirektion als Rechtsaufsicht der Stadt Chemnitz hatte eine Frist bis zum 30. April 2009 gesetzt, um den Stadtratsbeschluss aufzuheben. In seiner Sitzung am 29. April verweigerte erneut eine Mehrheit der Stadträte die Aufhebung des Beschlusses. Hierzu erklärt Jens Weis (28), stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Chemnitz und FDP-Kandidat zur Stadtrats- und Landtagswahl:

"Das Vorgehen der Stadtratsmehrheit ist skandalös. Obwohl selbst die Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig (SPD) gegenüber den Medien einräumen musste, dass der Stadtratsbeschluss aufgehoben werden muss, missachtete die Mehrheit der Stadträte erneut unser Grundgesetz und das Verwaltungsgerichtsurteil und sogar die Anordnung der Landesdirektion.

Jeder Zirkus wird vom zuständigen Amtstierarzt überprüft, wenn er in die Stadt kommt. Wenn dieser keine Beanstandungen hat, muss auch ein Pachtvertrag erteilt werden. Es ist eben nicht so, dass der Beschluss des Stadtrates eine gesetzliche Grundlage hat. Im Gegenteil er verstößt sogar gegen unser Grundgesetz.

Die Landesdirektion muss nun umgehend den Beschluss aufheben. Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat wird durch das Handeln der Stadtratsmehrheit erschüttert. Wenn sich selbst gewählte Volksvertreter über ein Gerichtsurteil hinwegsetzen, wirft das ein schlechtes Bild auf diese Personen und auf unsere Stadt. Sollte der Stadtratsbeschluss nicht aufgehoben werden, dürften auf unsere Stadt erneut Prozesskosten zukommen. Bereits im Fall des Circus Voyage hat der Steuerzahler die Zeche für das Handeln der Stadtratsmehrheit zahlen müssen."

Chemnitz, 4.05.2009

Herausgegeben von: Peter Talatzko, JuLis Chemnitz; Tel: 0163 – 8711898
eMail: Peter.Talatzko@Julis-Chemnitz.de; Web: www.Julis-Chemnitz.de